



Kreisrätin
Bündnis 90/ Die Grünen
Birgid Röder
Hermann-Löns-Str. 10
97447 Gerolzhofen
09382/8879

Herrn Landrat
Florian Töpfer
Landratsamt Schweinfurt
Schrammstr. 1
97421 Schweinfurt

Gerolzhofen, den 12. November 2015

„Kampagne des Landkreises Schweinfurt für Zivilcourage“

Antrag zur Beratung und Beschluss im Kreistag

Sehr geehrter Herr Landrat Töpfer,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN bringen folgenden Antrag zur Beratung und Beschließung in den Kreistag ein:

Der Landkreis Schweinfurt unterstützt die bundes-, landes- und stadtweiten Bündnisse für Toleranz und Zivilcourage und gegen rechte Gewalt und Fremdenfeindlichkeit durch eigene konkrete Maßnahmen.

Der Landkreis wird eine umfassende öffentliche Kampagne für mehr Toleranz und Zivilcourage starten. Dadurch sollen die Landkreisbürger ermuntert und ermutigt werden, mehr Zivilcourage und soziale Verantwortung gegenüber allen Formen von Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt gegen Menschen zu zeigen.

Über unseren Landrat soll auf den Landkreistag eingewirkt werden, eine klare Positionierung zum Thema: „Fremdenfeindlichkeit und Rassismus“ zu erreichen.

(Vorbildlich ist hierzu der angefügte Brief des Deutschen Städtetags zu nennen).

Die Verwaltung wird beauftragt, eine solche Öffentlichkeitskampagne zu erarbeiten.

Die Finanzierung erfolgt aus den Haushaltsmitteln.

Begründung:

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gibt es leider auch bei uns im Landkreis, spätestens seit in Stammheim die Partei "Die Rechte" ihr Landeszentrale eröffnet hat, haben wir dieses Thema direkt vor unserer Haustür.

In unserem Landkreis muss ein Klima geschaffen werden, in dem zum Ausdruck kommt, dass es gesellschaftlich nicht hingenommen wird, Fremde, Minderheiten oder Schwächere zu diskriminieren, auszugrenzen oder sich gar an ihnen zu vergreifen.

Stillschweigende Duldung darf es nicht geben, egal wo, ob in der Schule oder am Arbeitsplatz, in der Öffentlichkeit oder im Privaten.

Der zivile Konsens unserer Gesellschaft zeigt in manchen Bereichen jedoch bedrohliche Ermüdungserscheinungen, diesen sollten wir mit einer Kampagne präventiv entgegenwirken. Es ist dringend notwendig, den persönlichen Einsatz für eine Zivilgesellschaft zu unterstützen, die auf Toleranz, sozialem Engagement und Zivilcourage gründet.

Für eine solche Kampagne muss eine geeignete Ansprache und ein einprägsames Motto gefunden werden. Eine großangelegte Plakataktion in öffentlichen Gebäuden, Bussen, Schulen, den Sparkassen usw. sollte begleitet werden von einzelnen Aktionen und Projekten, bei denen man auf die bereits existierenden vorbildlichen Initiativen von Stadt, Schulen, Verbänden und Polizei zurückgreifen kann.

Für die Erarbeitung dieser Kampagne könnten die landkreiseigenen Schulen zur Mitwirkung angeregt werden, z.B. Plakatentwürfe im Kunstunterricht, Projektideen im Geschichtsunterricht usw.

In diesem Zusammenhang könnte über eine Bewerbung einer unserer Schulen als "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" nachgedacht werden. Dies ist eine Initiative von Schülerinnen und Schülern, die sich aktiv gegen jede Form von Diskriminierung einsetzen wollen.

Infos unter: <http://www.schule-ohne-rassismus.org/>

Auch ein Preis des Landkreises für Projekte mit Zivilcourage könnte zur Ermutigung beitragen.

*Wir stellen unseren Antrag zur Diskussion und freuen uns über Ihre Zustimmung.
Mit freundlichen Grüßen!*

*Für die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen
Birgid Röder*

"Toleranz und Demokratie stärken"

Städte vernetzen sich im Kampf gegen Rechtsextremismus – Deutscher Städtetag unterstützt NPD-Verbotsantrag

Die deutschen Städte bekennen sich zu ihrer Verantwortung, gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus sowie Islamfeindlichkeit vorzugehen. Sie unterstützen die Länder dabei, ein NPD-Verbot sowie ein Verbot von Tarnorganisationen anzustreben. Die Städte wollen darüber hinaus beim Kampf für Demokratie und Toleranz alle zur Verfügung stehenden Mittel nutzen und die Zusammenarbeit zwischen den Städten intensivieren. **„Damit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus keine Chance haben, ist es notwendig, rechtsextremistische Meinungen und Aktivitäten auf allen Ebenen zu bekämpfen und Toleranz und Demokratie zu stärken. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der die Städte aktiv mitwirken“**, sagte der stellvertretende Präsident des Deutschen Städtetages und Heilbronner Oberbürgermeister Helmut Himmelsbach heute nach einer Präsidiumssitzung des kommunalen Spitzenverbandes in der baden-württembergischen Stadt.

Zahlreiche Städte engagieren sich seit Jahren gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit. Beispielsweise fördern sie die Prävention in Schulen und Jugendeinrichtungen, warnen sie vor Anmietungen durch Rechtsextremisten und begrüßen sie das Engagement von Vereinen und Initiativen, die Gegendemonstrationen organisieren. Als wirkungsvoll hat sich erwiesen, den Austausch von lokalen und regionalen Akteuren zu begleiten.

„Es geht darum, erfolgreiche Strategien zu entwickeln, um den Rechtsradikalen den Nährboden zu entziehen und ihre Präsenz sowohl in den kommunalen Vertretungskörperschaften als auch bei Demonstrationen, Konzerten und in den sozialen Online-Netzwerken zu verhindern. Dazu helfen beispielsweise Aktionsbündnisse gegen Rechts sowie die Zusammenarbeit mit Jugendarbeit und Schulen, von städtischen Ämtern, Polizei, Kirchen und freien Trägern. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind dabei unverzichtbare Partner“, sagte der stellvertretende Städtetagspräsident.

Auch die Einrichtung von „Fachstellen gegen Rechtsextremismus“ in den Kommunen stelle ein wirksames Instrument dar, um Aktivitäten zu bündeln. Damit bereits bestehende kommunale Netzwerke und lokale Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus nachhaltig wirken können, fordert der Deutsche Städtetag den Bund auf, erfolgreiche Bundesprogramme zu intensivieren und weiter zu entwickeln, die lokale Maßnahmen gegen Rechtsextremismus fördern.